



# Die Dimensionen des neuen V-Mann-Skandals

**Bodo Ramelow: Da wird Mitwisserschaft zur Mittäterschaft/Angriff auf Verfassungsorgan**

**„Bespitzelung, Herabwürdigung und Infiltration von Parlamentariern durch einen als V-Mann geführten Neonazi mit Wissen und Zustimmung des Landesamtes für den Verfassungsschutz und der Thüringer Landesregierung“, so der Titel der von der Linksfraktion zur Dezember-Plenarsitzung beantragten Aktuellen Stunde.**

Nach der gegenüber dem MDR am 6. Dezember erfolgten Selbstenttarnung von Kai-Uwe Trinkaus als V-Mann hatte Bodo Ramelow, von einem „unglaublichen Vorgang“ gesprochen, „der auch personelle Konsequenzen haben muss, wenn sich auch nur Teile der Informationen bestätigen“. Dabei stehe gerade Staatssekretär Bernhard Rieder als einer der damals Verantwortlichen im Blickpunkt. „Es wird nun offenkundig, dass sich das Amt Neonazis bedient oder sie geduldet hat, um Abgeordnete und Funktionäre der LINKEN nicht nur zu bespitzeln, sondern auch zu diskreditieren und zu diffamieren.“ Auch andere Landtags- sowie Bundespolitiker sind betroffen. Ramelow nennt das „einen Angriff auf das Verfassungsorgan Landesparlament“.

Während dieser ungeheuerliche Vorgang in Thüringer Print-Medien kaum reflektiert wurde, gibt es nicht zuletzt im Internet deutliche Beiträge. So schreibt das Portal ngo-online.de unter der Überschrift „Die Dimensionen des neuen V-Mann-Skandals in Thüringen| So war es wirklich!“:

„Hier geht es also nicht mehr nur um Einzelaktionen bis hin zum Bespitzeln von Abgeordneten, sondern um viel mehr. Die Anwerbung des V-Mannes Kai-Uwe Trinkaus erfolgte erst nach Konsultationen des damaligen Thüringer Verfassungsschutzpräsidenten Thomas Sippl mit dem seinerzeitigen CDU-Innenminister Karl-Heinz Gasser. (...) Im ‘Gasser-Bericht’ waren Anwerbungen wie die von Trinkaus – also von Führungspersonal der Neonazi-Szene – als schwere Verstöße des Geheimdienstes gegen eigene Regeln bezeichnet worden. Ab dem Zeitpunkt der Anwerbung von Trinkaus müssen sich also der damalige Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz und der damals amtierende Thüringer Innenminister alles das zurechnen lassen, was inzwischen in Medienberichten über die dann folgenden Umtriebe des in Personalunion als V-Mann und Neonazi-Funktionär tätigen Trinkaus berichtet worden ist, darunter die Einschleusung eines Spitzels in die Thüringer Linksfraktion. ‘Da wird Mitwisserschaft zur Mittäterschaft’, kommentiert Bodo Ramelow, der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. Das Verfassungsorgan Landesparlament sei durch das Landesamt, das den Auftrag ‘Schutz der Verfassung’ ausdrücklich im Namen führe, nicht geschützt worden – im Gegenteil. Ins Visier der von Kai-Uwe Trinkaus (NPD, DVU, Pro Erfurt) betriebenen, z.T. aggressiven und zielgerichteten Denunziation gerieten demokratische Organisationen (B90/Grüne, CDU, DGB, DIE LINKE, Jusos, SPD, verdi, ...), Abgeordnete

und Politikerinnen und Politiker unterschiedlicher demokratischer Parteien aus Thüringer Landtag und Bundestag (Matthias Bärwolff, Volker Beck, Susanne Hennig, Knut Korschewsky, Renate Künast, Frank Kuschel, Birgit Pelke, Egon Primas, Christine Scheel ...).

Gegen Hennig, Korschewsky und Kuschel setzte Trinkaus besonders perfide Methoden der öffentlichen Denunziation und Verleumdung ein. Diese Aktionen wurden nach seiner Verpflichtung als V-Mann unternommen. Einen Monat nach seiner durch das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz bestätigten Verpflichtung als V-Mann des Thüringer Verfassungsschutzes übernahm Trinkaus den Vorsitz des NPD-Kreisverbandes Erfurt-Sömmerda. Unter Trinkaus stieg die Aktivität der Erfurter NPD ab 2007 stark an und ließ nach seinem Rauswurf aus der Partei nach. Trinkaus setzte während seiner Zeit als Spitzel und Erfurter NPD-Vorsitzender auf eine enge Kooperation der NPD mit den militanten „Freien Kameradschaften“ und mit dem gewalttätigen Hooligan-Milieu.

Das Einschleusen eines Nazi-Spitzels in die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag war eine Attacke auf gewählte, demokratische Abgeordnete und das Parlament als Ganzes. Durch den Aufbau eigener Vereine, das Eintreten in Vereine sowie vielfältige Störaktionen bei Veranstaltungen, Kundgebungen, setzte Trinkaus zivilgesellschaftliche Akteure z.T. massiv unter Druck.“

[www.ngo-online.de/2012/12/7/v-mann-skandal-thueringen/](http://www.ngo-online.de/2012/12/7/v-mann-skandal-thueringen/) ■

## KOMMENTIERT:

von Katharina König

### Vierte Gewalt

*Die Freiheit der Presse ist ein hohes Gut in der Demokratie. Nur sie kann gewährleisten, dass Journalistinnen und Journalisten über staatliche Missstände berichten können, ohne sich verfolgt und in ihrer Existenz bedroht zu fühlen. Teil dieser Freiheit ist es auch, das Mitarbeiter der Presse in der Lage sind, die eigenen Quellen schützen und vor Entdeckung bewahren zu können.*

*Der zunehmende staatliche Überwachungswahn macht jedoch auch vor der Presse und ihren geschützten Grundrechten nicht Halt. Erst kürzlich war der berechtigte Verdacht aufgedeckt worden, dass die Thüringer Polizei bei ihren Ermittlungen Journalisten ausgespäht hatte. Chefredakteure der ARD hatten das Vorgehen in einem Brief an das Thüringer Innenministerium als „gravierenden Eingriff in den Kernbereich der journalistischen Arbeit“ bezeichnet.*

*Auch gab es jetzt einen weiteren Fall, bei dem Beamte des Berliner Landeskriminalamts die Privatwohnungen und den Arbeitsplatz eines Chefredakteurs der „Berliner Morgenpost“ wegen einer angeblichen Beamtenbestechung durchsuchten und dabei Computer und Speichermedien beschlagnahmten. Die deutsche Journalisten-Union (dju) kritisiert die Razzia als „vollkommen unverhältnismäßig“, sie sei ein „rechtswidriger Eingriff in die Pressefreiheit sowie das Redaktionsgeheimnis“. DIE LINKE tritt konsequent für den Schutz der Grundrechte auch im digitalen Zeitalter ein. Wir dürfen nicht erlauben, dass ein umfassender Überwachungsapparat installiert wird, nur weil es technisch diese Möglichkeiten gibt. Dazu gehört es natürlich, dass der Staat auch online die Privat- und Intimsphäre der Menschen wahrt und sich zu den demokratischen Grundrechten, wie Meinungs- und Pressefreiheit bekennt.*

*Es ist gefährlich, wenn Ermittlungsbehörden die Recherchewege von Journalisten nachverfolgen und so existierende und potenzielle Quellen einschüchtern. So sind gängige Praktiken zu hinterfragen, wie das tiefgehende Analysieren privater Accounts in sozialen Netzwerken. Auch Vorratsdatenspeicherung und Funkzellenabfragen können dazu genutzt werden, jede Kontaktaufnahme zwischen Quelle und Journalist in Zukunft sichtbar zu machen. Das hieße das Ende der Pressefreiheit, wie wir sie kennen – dem stellen wir als LINKE uns entgegen.* ■

## AKTUELL

# Ausschuss-„Aus“ für Fracking-Verbot

Nachdem am 7. Dezember die Abgeordneten der CDU/SPD-Koalition sowie Bündnis 90/Die Grünen und auch die FDP in der Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt gegen den LINKE-Antrag zum Fracking-Verbot gestimmt hatten, sagte MdL Dr. Johanna Scheringer-Wright: „Vor der Sitzung hatte ein Sprecher der CDU-Fraktion noch so getan, als würde seine Fraktion Fracking, die hochriskante Methode der unkonventionellen Erdgasförderung, ablehnen und damit den Antrag der LINKEN mittragen wollen.“

Dass das nur eine Verschleierrungstaktik war, zeigte sich jetzt. Im Ausschuss hat sich eine wundersame Annäherung zwischen den Mitgliedern aus der Grünen Fraktion

und der Koalition entwickelt.“

Unter der Devise „Fracking Ja und zwar mit Umweltverträglichkeitsprüfung“, sei von der CDU/SPD-Koalition und dem Minister einhellig signalisiert worden, einem Bundesrats-Antrag beizupflichten zu wollen, der sich nach Information der Landesregierung auf eine Änderung der Umweltverträglichkeitsprüfungs-Verordnung im Bergrecht beschränken würde, ein Antrag, der auf eine Initiative von Nordrhein-Westfalen zurückgeht.

„Dieses Ansinnen ist aus Sicht der LINKEN jedoch völlig unzureichend, um den Wasserschutz zu garantieren und die Energiewende voranzubringen. Nur mit einem Verbot der Fracking-Technologie im Bundesbergrecht kann vermieden werden, dass Hintertüren

für die Industrie offen gehalten und nicht auszuschließende Risiken unherrschbar werden“, betonte die Abgeordnete.

„Das Argument der Grünen, man bräuhete die Technologie Fracking vielleicht noch zu anderen Zwecken und man müsse die Schädlichkeit von unkonventionellem Erdgas mit der von Kohle vergleichen, ist absurd. Die thüringische Biogas-Branche und andere Träger erneuerbarer Energien haben mit Ausbauproblemen zu kämpfen und die Grünen wollen neue Türen für fossile Energiequellen öffnen – dies ist grundfalsch. Die Förderung von unkonventionellem Erdgas ist teuer, klimaschädlich und wenn dann noch die Technologie Fracking eingesetzt wird unberechenbar.“ ■